

### Thema der Woche

Rabmer-Koller: Besserer Informationsfluss bei Kreditvergabe hilft KMU beim Zugang zu Finanzierungen

### In Kürze

Rat, Kommission und Parlament unterzeichnen Europäischen Konsens über Entwicklungspolitik  
Konsultation zur Bewertung der „TEN-E-Verordnung“ gestartet

### Neues aus der Kommission

Halbzeitbilanz der Kapitalmarktunion: 22 von 33 Maßnahmen umgesetzt  
Karriere nach Hochschul- und Berufsbildung soll besser nachverfolgt werden  
Horizont 2020: Halbzeitevaluierung bestätigt europäischen Mehrwert

### Neues aus dem Rat

Einigung der Justizminister auf Verhandlungsposition über digitale-Inhalte-Richtlinie

### Neues aus dem Gerichtshof der EU

Urteil: Mehrere gesundheitsbezogene Angaben zu Glucose können nicht zugelassen werden

### Neues aus den Verbänden

Leitl einstimmig als Präsidentschaftskandidat von EUROCHAMBRES nominiert  
Intensiver Arbeitsbesuch von Jürgen Roth in Brüssel

### Statistik der Woche

Europas Wirtschaft wächst konstant weiter

### Neues aus anderen Bereichen

Europatag der Jugend 2017 - Leitl: Jugend von heute als EU-Botschafter von morgen

### Jobs+Jobs+Jobs

ETF sucht Corporate Performance Measurement Officer  
Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Supervision Officer  
EUROJUST sucht Administrative Assistant und JIT Grants Coordinator


### EU-Agenda

EU-Kommission: 2215. Sitzung am 13. Juni 2017  
EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche  
EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche  
EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche  
EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche  
EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

### Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich  
Av. de Cortenberg 30  
B-1040 Brüssel  
Telefon: +32 2 286 58 80  
Internet: wko.at/eu

Redaktion:  
Franziska Annerl  
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be

 Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:  
eu@eu.austria.be

## Rabmer-Koller: Besserer Informationsfluss bei Kreditvergabe hilft KMU beim Zugang zu Finanzierungen

Europas Bankenverbände und Wirtschaftsverbände unterzeichneten am Dienstag in Brüssel in Anwesenheit von EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis eine Vereinbarung über „hochrangige Grundsätze zum Feedback der Banken bei abgelehnten KMU-Kreditträgen“. KMU leisten einen essentiellen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung in Europa. Die Banken spielen eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung von neuen, bestehenden und wachsenden Unternehmen. Ein besserer Zugang zu Finanzierungen ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Für europäische KMU sind Banken und Kredite nach wie vor die Hauptquelle für externe Finanzierung.

Die europäische Initiative skizziert eine Reihe von Grundsätzen, die von der Bankenbranche nach Diskussion mit den europäischen KMU-Organisationen vereinbart wurden. Ziel ist es sicherzustellen, dass die Banken ihren KMU-Kunden ausreichendes Feedback geben, um die Gründe für den Entscheidungsprozess der Bank bei Kreditträgen zu verstehen. Dies soll zu einem günstigen Umfeld für Unternehmen in Europa beitragen, indem Finanzierungskapazitäten unterstützt und finanzielles Wissen sowie der Zugang zu Finanzierungen für Projekte verbessert werden. Europas KMU sollen auch weiterhin zugunsten Europas wachsen können.

Die Einigung und die Zuweisung der Umsetzung an die nationalen Organisationen zeigt die Anerkennung der Subsidiarität und der strukturellen und kulturellen Unterschiede in der KMU-Finanzierung in den Mitgliedsstaaten, und ist eine sehr sinnvolle Ergänzung der bereits bestehenden Regelung im EU-Bankrecht, nachdem die Institute den KMU auf deren Wunsch die Bonitätsentscheidung erläutern. Bei der Unterzeichnungszereemonie begrüßte UEAPME-Präsidentin und WKÖ-Vizepräsidentin Ulrike Rabmer-Koller die Verpflichtung aller Bankenverbände, den Informationsfluss für KMU während des gesamten Kreditantrags zu verbessern: „Dies ist ein weiterer wichtiger Erfolg der Aktivitäten des Europäischen KMU- und Handwerksverbandes UEAPME für unsere KMU, der ihnen bei der Aufnahme von Darlehen helfen wird. Jetzt muss der Fokus auf der Umsetzung auf nationaler Ebene liegen, um mit unseren Grundsätzen positive praktische Ergebnisse für Europas KMU zu erzielen.“

Wird ein Darlehensantrag abgelehnt, ist es gerade für KMU sehr wichtig zu verstehen, warum. Dies wird KMU dabei unterstützen, ihre Projekte und die finanzielle Leistungsfähigkeit ihres Unternehmens zu verbessern und ihnen zeigen, wann ein Darlehen nicht das passende Instrument für sie ist. Gerade für österreichische KMU sind Kredite nach wie vor eine wichtige Finanzierungsquelle. Die aktuelle Finanzierungsumfrage von WKÖ und aws zeigt, dass eine ungünstige Bonitätsbeurteilung ein wesentlicher Grund für Ablehnungen und Kürzungen von Kreditträgen der KMU ist: jede zweite Ablehnung und Kürzung eines Kredites wird laut den befragten KMU von den Banken mit der ungünstigen Beurteilung der Bonität begründet. Mehr als zwei Drittel der befragten Betriebe finanzierten ihre Investitionen mit Eigenkapital und Innenfinanzierung. Finanzierungen durch Banken haben gegenüber 2014 wieder zugenommen und liegen mit über einem Viertel auf dem Niveau der Vorjahre. Umso wichtiger ist es, hier für mehr Transparenz und Informationsfluss zu sorgen.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

### Inhaltsverzeichnis

## In Kürze

### Rat, Kommission und Parlament unterzeichnen Europäischen Konsens über Entwicklungspolitik

Im Rahmen der Europäischen Entwicklungstage unterzeichneten am Mittwoch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Parlamentspräsident Antonio Tajani sowie der Maltesische Premierminister Joseph Muscat **offiziell den Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik**. Dieser besteht aus einer neuen **gemeinsamen Vision, die Armut zu beseitigen und eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen, sowie einem entsprechenden Aktionsplan**. Er gilt **erstmalig in seiner Gesamtheit für alle Institutionen der Europäischen Union und alle Mitgliedstaaten**, die sich verpflichten, enger zusammenzuarbeiten. Er bezieht die wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimension der nachhaltigen Entwicklung vollständig ein. Dabei stehen die europäischen entwicklungspolitischen Maßnahmen **im Einklang mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung**, bei der es sich ebenfalls um ein Querschnittsthema der Globalen Strategie der EU handelt.

### Konsultation zur Bewertung der „TEN-E-Verordnung“ gestartet

Die Verordnung (EU) Nr. 347/2013 („TEN-E-Verordnung“) legt **Leitlinien fest, um den Ausbau der grenzüberschreitenden Gas- und Elektrizitätsinfrastruktur zu fördern**. Mit ihr sollten die **Hauptbarrieren** für den Energieinfrastrukturausbau (u.a. komplexe und zeitaufwändige Genehmigungsverfahren, Mangel an öffentlicher Akzeptanz, erschwerter Zugang zu Finanzmitteln) **beseitigt** werden. Ein Evaluierungsprozess bewertet die Auswirkungen der TEN-E-Verordnung auf Europas Energienetze sowie der Fortschritt bei der Umsetzung sogenannter „Projects of Common Interest (PCIs)“. Um Informationen zu sammeln, hat die Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, die zwischen 30. Mai und 4. September online beantwortet werden kann. Insbesondere jene Gruppen, die ein Interesse an den Auswirkungen derartiger Energieinfrastrukturprojekte auf die Energiepreise haben, sind aufgefordert, ihre Informationen einzubringen.

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus der Kommission

### Halbzeitbilanz der Kapitalmarktunion: 22 von 33 Maßnahmen umgesetzt

Fast zwei Jahre nach dem Startschuss des Aktionsplans für eine Kapitalmarktunion hat die Europäische Kommission am 8. Juni eine erste Halbzeitbilanz präsentiert. Am 30. September 2015 hatte die Kommission den umfassenden Aktionsplan gestartet. Damals wurden insgesamt 33 Maßnahmen vorgestellt, die bis zum Jahr 2019 umgesetzt werden sollen. Der Aktionsplan dient der **Diversifizierung des Finanzsystems** und soll **Unternehmen einen verbesserten Zugang zu Finanzierungen ermöglichen, Investitionen ankurbeln sowie die europäische Wirtschaft stärken**. Die Kapitalmarktunion war und ist ein erklärtes Ziel der Kommission und ebenfalls Teil ihrer Investitionsoffensive. Im Zuge der Überprüfung hatte die Kommission Anfang des Jahres auch eine öffentliche Konsultation durchgeführt, bei der auch die WKÖ eine Stellungnahme abgegeben hat. Zusätzlich fand am 11. April auch eine öffentliche Anhörung in Brüssel statt.

Die Halbzeitbilanz zeigt, dass **innerhalb von zwanzig Monaten bisher rund zwei Drittel der 33 Maßnahmen umgesetzt** wurden, wie beispielsweise das Verbriefungspaket sowie die Reform der Risikokapitalfonds, wo erst vergangene Woche eine Einigung im Trilog erzielt wurde. Zusätzlich wurde in der Mitteilung auch bekräftigt, noch ausstehende Arbeiten voranzutreiben. In den nächsten Monaten sollen daher unter anderem Legislativvorschläge für ein EU-weites Produkt der privaten **Altersvorsorge** (Pan-European Pension Product, PEPP), für einen EU-Rahmen für gedeckte **Schuldverschreibungen** sowie ein Vorschlag zur Steigerung der **Rechtssicherheit** bei Eigentumsrechten an Wertpapieren bei grenzüberschreitenden Aktivitäten vorgelegt werden. Gleichzeitig wurden neue Initiativen präsentiert, die sich auch jüngeren Entwicklungen, wie zum Beispiel dem Aufkommen von FinTechs, widmen. Zusätzlich wird die **Nachhaltigkeit** im Finanzbereich stärker beleuchtet. Die Kommission richtete letztes Jahr eine **hochrangigen Expertengruppe für nachhaltiges Finanzwesen** ein, deren Zwischenbericht am 10. Juli erscheinen und bei einer **öffentlichen Anhörung** am 18. Juli behandelt werden soll.

Die WKÖ begrüßt die Initiative der Kommission zur Schaffung einer Kapitalmarktunion, da diese einen wichtigen Beitrag zur **Diversifizierung der Finanzierungsgrundlage von KMUs** leisten kann. Wesentlich für den Erfolg einer solchen Europäischen Kapitalmarktunion sowie für die Finanzmarktstabilität sind stabile Rahmenbedingungen und langfristige Rechtssicherheit.

Ansprechpartnerin: **Sophie Windisch**

#### Inhaltsverzeichnis

### Karriere nach Hochschul- und Berufsbildung soll besser nachverfolgt werden

Vergangene Woche veröffentlichte die Europäische Kommission eine neue, aus mehreren Maßnahmen bestehende **Initiative zur Schul- und Hochschulbildung**. Das übergeordnete Ziel der Initiativen lautet, die Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung hochwertiger und inklusiver Bildung für alle jungen Menschen zu unterstützen. Im Hinblick auf den **Schulbereich** will die Kommission insbesondere einen Beitrag zur Steigerung der Qualität und Inklusivität von Schulen und der Verbesserung der Governance der schulischen Bildungssysteme leisten. Die **Unterstützungsmaßnahmen** sollen daher unter anderem die Förderung der Kompetenzentwicklung und des interkulturellen Lernens durch Schulpartnerschaften, Mobilitäts- und eTwinning-Projekte im Rahmen von Erasmus+ sowie eine Stärkung des Peer Learnings in Bezug auf die Laufbahnmöglichkeiten und die berufliche Weiterentwicklung von Lehrkräften umfassen.

Die neue Strategie für die **Hochschulbildung** baut auf der **Modernisierungsagenda** von 2011 auf. Prioritäre Ziele, auf die die Maßnahmen abstellen, sind eine bessere Vermittlung von jenen Kompetenzen, die Absolventen und eine moderne Wirtschaft benötigen. Zudem sollen Hochschuleinrichtungen dabei unterstützt werden, noch besser zu Innovationen in der Wirtschaft beizutragen. Konkret legt die Kommission unter anderem – als Teil der neuen europäischen Agenda für Kompetenzen – einen **Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Werdegang-Nachverfolgung** vor, der **neben Hochschul- auch Berufsbildungsabsolventinnen und -absolventen abdeckt**. Die nationalen Behörden sollen so ermutigt und unterstützt werden, die Qualität und Verfügbarkeit von Daten über den Berufs- oder den weiteren Bildungsweg dieser Absolventinnen und Absolventen zu verbessern.

Aus Sicht der WKÖ sind Initiativen auf europäischer Ebene zu begrüßen, die die Beschäftigungschancen junger Menschen verbessern und deren reibungslosen Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt sicherstellen.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

## Horizont 2020: Halbzeitevaluierung bestätigt europäischen Mehrwert

Die Europäische Kommission veröffentlichte vergangene Woche die Ergebnisse der Halbzeitevaluierung des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020. Die Zwischenevaluierung soll einen Beitrag zur Verbesserung der Umsetzung des Programms für die verbleibenden Jahre 2018 bis 2020 leisten, zusätzliche Evidenz für die Arbeit der eingerichteten Hochrangigen Gruppe zur Maximierung der Wirkung des Programms bereitstellen und eine Vorarbeit zur Struktur eines zukünftigen Rahmenprogramms leisten.

Die Ergebnisse bestätigen unter anderem, dass Horizont 2020 einen **Beitrag zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen** sowie zur Lösung der größten gesellschaftlichen Herausforderungen leistet und einen **europäischen Mehrwert** zusätzlich zu Unterstützungsmaßnahmen für Innovation und Forschung auf nationaler und regionaler Ebene **aufweist**. Bis jetzt seien rund 11.000 Projekte unterstützt worden, von denen jedoch erst 10 Prozent vollständig abgeschlossen seien. Deshalb sei es noch zu früh, um Aussagen über die endgültige Wirkung zu treffen. Das Programm gelte unter den Teilnehmern aus insgesamt 130 verschiedenen Ländern als sehr attraktiv, was auch die hohe Nachfrage erkläre.

Nach Ansicht der Wirtschaftskammer Österreich muss das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm (FP9) ein **integraler Bestandteil einer horizontalen Gemeinsamen Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik** sein und eine **klar definierte Arbeitsteilung** zwischen der EU und den Mitgliedstaaten vorsehen. Eine solche Arbeitsteilung ist Voraussetzung für eine einfache Struktur von Aufgaben und Abläufen im FP9. Der Fokus des Programms muss auf **messbaren Auswirkungen in der realen Welt** („*impact*“) bzw. der Hebelwirkung hinsichtlich der Ziele der Union liegen. Insgesamt muss zukünftig zudem auch eine systematische **Mitgestaltungsmöglichkeit der europäischen Wirtschaft bei der Themensetzung** und Programmabwicklung sichergestellt sein.

Nach etwas mehr als drei von insgesamt sieben Jahren Laufzeit (2014-2020) zeigt sich Österreich im „Horizon 2020“-Porgramm sehr erfolgreich und liegt mit einer Erfolgsquote von 16,9 Prozent deutlich über der allgemeinen Erfolgsquote im Programm.

Ansprechpartner: Martin Schmid

### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus dem Rat

### Einigung der Justizminister auf Verhandlungsposition über digitale-Inhalte-Richtlinie

Der Rat der EU-Justizminister hat sich am Donnerstag auf eine sogenannte „**Allgemeine Ausrichtung**“ des **EU-Rates zur Richtlinie über digitale Inhalte** geeinigt. „Der Forderung der Wirtschaft nach Rechtssicherheit wurde insofern Rechnung getragen, als die zeitlich unbegrenzte Haftung, wie sie der Vorschlag der Kommission vorgesehen hatte, jedenfalls vom Tisch ist“, bewertete Rosemarie Schön, Leiterin der Rechtspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die Beschlussfassung in einer Aussendung. Dem geltenden österreichischen Recht entsprechend können die Mitgliedstaaten eine zweijährige Gewährleistungsfrist beibehalten.

Der Richtlinienvorschlag, mit dem insbesondere das **Gewährleistungsrecht für Verträge über digitale Inhalte (Downloads, Computerprogramme)** EU-weit geregelt werden soll, wurde seit längerem in der Ratsarbeitsgruppe verhandelt. Unter dem Druck der sich dem Ende zuneigenden maltesischen EU-Ratspräsidentschaft hat nun der Rat die Allgemeine Ausrichtung beschlossen. Diese mehrheitlich angenommene **Einigung** ist die **Grundlage des Rates für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament**. Mit diesen ist aber erst im Herbst zu rechnen, da das Europäische Parlament noch nicht über seine Haltung zu dieser Richtlinie abgestimmt hat.

Aus Sicht der Wirtschaft wurde eine ausgewogene Balance zwischen Unternehmer- und Verbraucherinteressen bei der Frist von einem Jahr für die Beweislastumkehr hinsichtlich eines Mangels leider nicht erreicht. „Dass sich **Österreich bei den Verhandlungen für mehr Augenmaß im Interesse gerade von KMU für eine sechsmonatige Frist eingesetzt hat, konnte aber jedenfalls Schlimmeres verhindern**“, betonte Schön.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

#### Inhaltsverzeichnis



## Neues aus dem Gerichtshof der EU

### **Urteil: Mehrere gesundheitsbezogene Angaben zu Glucose können nicht zugelassen werden**

Dextro Energy stellt für den deutschen und europäischen Markt Glucose-Würfel her. Im Zusammenhang mit der **„Health-Claims-Verordnung“** hat das Unternehmen 2011 die Zulassung verschiedener gesundheitsbezogener Angaben, unter anderem „Glucose unterstützt die normale körperliche Betätigung“ oder „Glucose trägt zu einem normalen Energiegewinnungsstoffwechsel bei“, beantragt. Die Zielgruppen der insgesamt fünf beantragten Angaben waren jeweils genau definiert.

Die Kommission lehnte die Zulassung ab, obwohl die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuvor eine positive Stellungnahme abgegeben hatte. Die EFSA prüft, ob gesundheitsbezogene Angaben durch wissenschaftliche Nachweise abgesichert sind und ob die Formulierung den Kriterien der „Health-Claims-Verordnung“ entspricht. Die Kommission befand, dass die entsprechenden Angaben ein verwirrendes und widersprüchliches Signal an den Verbraucher senden würden und diesen zum Verzehr von Zucker aufrufen würden.

Dextro Energy erhob daraufhin beim Gericht der Europäischen Union Klage. Das Gericht bestätigte jedoch die ursprüngliche Entscheidung der Kommission, die beantragten gesundheitsbezogenen Angaben nicht zuzulassen. Dextro Energy legte wiederum Rechtsmittel ein. Der Gerichtshof der Europäischen Union bestätigte jedoch in seinem **Urteil vom 8. Juni 2017** die Entscheidung der Kommission bzw. wies das Rechtsmittel zurück. Die beantragten gesundheitsbezogenen Angaben können somit nicht zugelassen werden.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

#### Inhaltsverzeichnis

## Neues aus den Verbänden

### Leitl einstimmig als Präsidentschaftskandidat von EUROCHAMBRES nominiert

Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl wurde vom europäischen Kammerverband **EUROCHAMBRES** am Dienstag einstimmig als Kandidat für das Präsidentenamt der Europäischen Wirtschaftskammern nominiert. Nach dem **formellen Beschluss bei der EUROCHAMBRES Generalversammlung im Oktober**, für die Leitl als einziger Kandidat vorgeschlagen wurde, soll er seine **Funktion am 1. Jänner 2018 antreten**. Zudem wurde auch ein **Team von drei Vizepräsidenten nominiert**.

Leitl war bereits von 2002-2005 Präsident von EUROCHAMBRES und ist aktuell Vorsitzender der globalen Kammerplattform Global Chamber Platform.

Ansprechpartnerin: Franziska Annerl

### Intensiver Arbeitsbesuch von Jürgen Roth in Brüssel



Jürgen Roth, Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und Vorstandsmitglied des Europäischen Handelsdachverbandes EuroCommerce traf sich neben seiner Teilnahme an der EuroCommerce Vorstandssitzung in dieser Woche zum Austausch mit Entscheidungsträgern und europäischen Vertretern in Brüssel.

So diskutierte er mit Markus Beyrer, Generaldirektor von BusinessEurope, dem europäischen Industriedachverband, wie auch dem Leiter des Steiermark Büros in Brüssel, Ronald Rödl, aktuelle europapolitische Fragestellungen.

In seinem Gespräch mit Angelos Pangratis, Sonderberater für Economic Diplomacy im Europäischen Diplomatischen Dienst (siehe Foto), betonte Roth, dass das Ziel der Strategie sein müsse, einen klaren europäischen Mehrwert über die nationale Ebene hinaus insbesondere auch für KMU zu schaffen.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

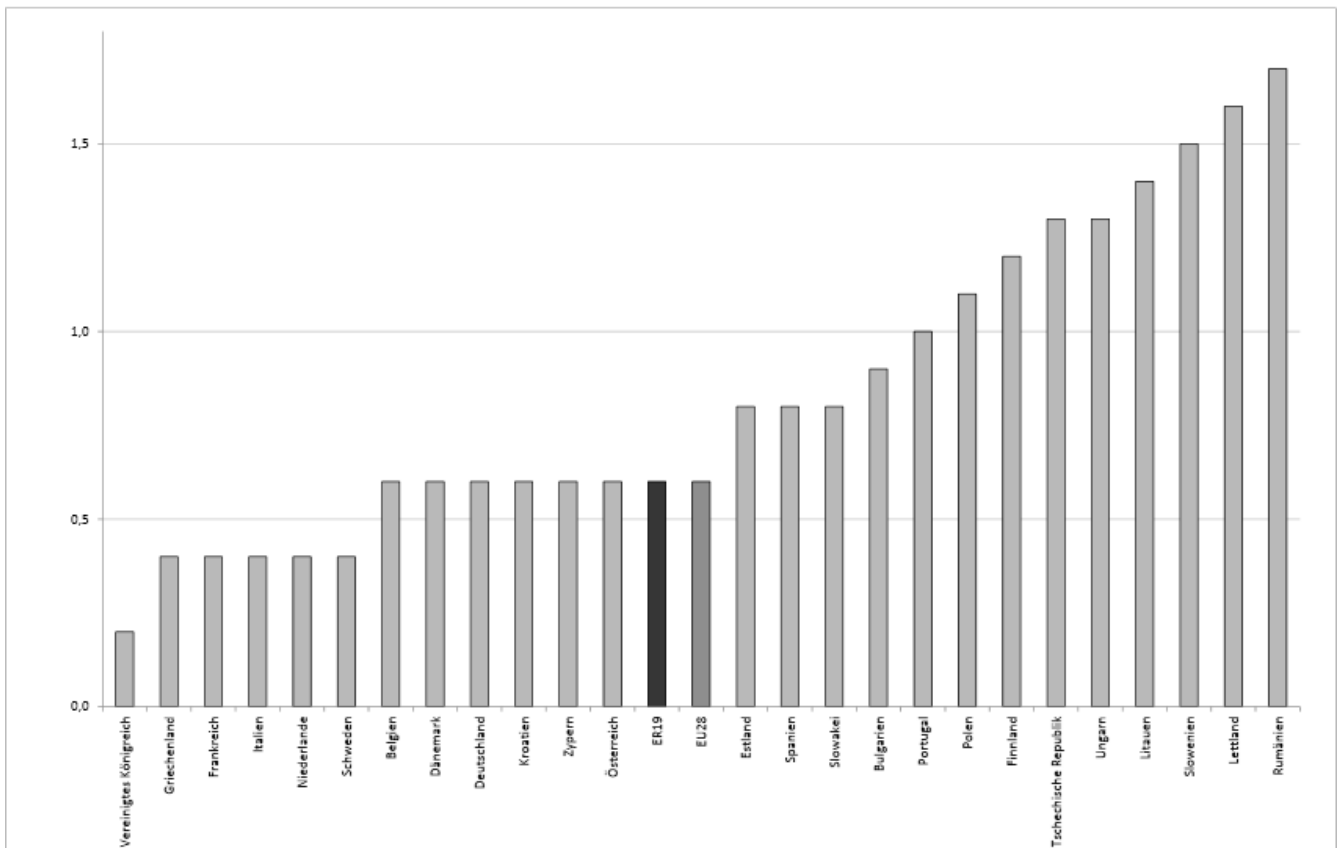
Inhaltsverzeichnis



## Europas Wirtschaft wächst konstant weiter

Im ersten Quartal 2017 stieg das saisonbereinigte BIP gegenüber dem Vorquartal im Euroraum und in der EU-28 laut **Eurostat** jeweils um 0,6 Prozent. **Österreich** lag hier genau im Durchschnitt (siehe Graphik). Im vierten Quartal 2016 war die Wirtschaft in beiden Gebieten um 0,5 Prozent bzw. um 0,6 Prozent gewachsen. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres nahm das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2017 im Euroraum um 1,9 Prozent und in der EU28 um 2,1 Prozent zu, nach +1,8 Prozent bzw. +2,0 Prozent im Vorquartal.

**Wachstumsraten des BIP im ersten Quartal 2017**  
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Irland, Luxemburg und Malta: Daten für das erste Quartal 2017 nicht verfügbar.

Von den **Mitgliedstaaten**, für die Daten für das erste Quartal 2017 vorliegen, verzeichneten Rumänien (+1,7 Prozent), Lettland (+1,6 Prozent), Slowenien (+1,5 Prozent) und Litauen (+1,4 Prozent) das höchste Wachstum im Vergleich zum Vorquartal, während das Vereinigte Königreich (+0,2 Prozent) das niedrigste Wachstum registrierte.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

## Neues aus anderen Bereichen

### Europatag der Jugend 2017 - Leitl: Jugend von heute als EU-Botschafter von morgen

Der 5. „EUROPATAG der Jugend“ fand am 08.06.2017 unter dem Motto „60 Jahre Römische Verträge, die Geburtsstunde des europäischen Binnenmarktes“ in der WKÖ statt und wurde von mehr als 800 Schülern mit ihren Lehrern besucht. Fast alle EU-Botschafter nutzten die Möglichkeit, mit einem Informationsstand ihr Land zu präsentieren, EU-Kommission und EU-Parlament waren ebenso vertreten wie das Außenministerium und der WKÖ-Europaschirm.

WKÖ-Präsident Christoph Leitl betonte, dass die Jugend von heute als EU-Botschafter von morgen ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen habe und sie alle Chancen, die ein offenes und freies Europa bietet, wahrnehmen könne!

Die Veranstaltung bot einen Austausch mit internationalen Experten und zahlreichen Vorträgen der besonderen Art zu folgenden Themen:

- Welche Rolle spielt Österreich in der EU?
- 60 Jahre Römische Verträge, die Geburtsstunde des europäischen Binnenmarktes
- Welche Aufgaben haben unsere Botschafter?
- Die Rolle Europas international und Arbeiten in Europa
- Österreichische EU Präsidentschaft im 2. Halbjahr 2018
- Was bedeutet das und welche Aufgaben werden dabei erfüllt?
- Schule und Studium in Europa; 30 Jahre Erasmusprogramm
- Erasmus+ für Schüler
- Welche Schul-, Berufs- und Bildungsprogramme gibt es?

Impressionen gibt es in der APA-Fotoservice-Galerie.

#### Inhaltsverzeichnis

## Jobs + Jobs + Jobs

### ETF sucht Corporate Performance Measurement Officer

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) mit Sitz in Turin sucht:

#### Corporate Performance Measurement Officer

Contract Agent, Function group IV, Ref.: ETF/REC/17/05

Bewerbungen sind bis zum 13. Juni 2017 möglich; weitere Informationen sind online abrufbar.

## Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sucht Supervision Officer

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) mit Sitz in Paris/Frankreich sucht:

### Supervision Officer

Ref.: ESMA/2017/VAC5/FGIV

Bewerbungen sind bis zum 29. Juni 2017 möglich; weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

## EUROJUST sucht Administrative Assistant und JIT Grants Coordinator

Die Europäische Einheit für justizielle Zusammenarbeit (EUROJUST) mit Sitz in Den Haag sucht:

### Administrative Assist

Ref.: 17/EJ/06, Temporary Agent - AST 2

### JIT Grants Coordinator

Ref.: 17/EJ/07, Temporary Agent - AD 6

Bewerbungen sind bis zum 30. Juni 2017 möglich; weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

### Inhaltsverzeichnis

## EU-Agenda

### Sitzung der Europäischen Kommission

Die voraussichtlichen Themen der 2215. Sitzung am 13. Juni 2017 standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

### Ausschüsse des Europäischen Parlaments

#### 12. Juni Ausschuss für Wirtschaft und Währung / Rechtsausschuss

Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen

#### 12. Juni Rechtsausschuss

Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

### Inhaltsverzeichnis

## Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

### 12. Juni

Beteiligung der Union an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)

Gemeinsame Aussprache – EU-Kohäsionspolitik

- Bausteine für die Kohäsionspolitik der EU in der Zeit nach 2020
- Verstärkung des Engagements der Partner und der Sichtbarkeit im Hinblick auf die Leistung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds

Kosteneffizienz des Siebten Forschungsprogramms

### 13. Juni

Energieeffizienzkenzeichnung

### 14. Juni

Durchführung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen

Bewertung der Umsetzung des Programms Horizont 2020

Gemeinsame Aussprache – Digitale Wirtschaft

- Europäische Agenda für kollaborative Wirtschaft
- Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt

### 15. Juni

Grenzüberschreitende Verschmelzungen und Spaltungen

## Tagungen des Rates

### 15.-16. Juni Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (**erste Lesung**), Interinstitutionelles Dossier: 2016/0070 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (erste Lesung), Interinstitutionelles Dossier: 2015/0278 (COD)  
= Sachstandsbericht

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (erste Lesung), Interinstitutionelles Dossier: 2016/0397 (COD)  
= Sachstandsbericht

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit (zweites Paket) (erste Lesung), Interinstitutionelles Dossier: 2017/0004 (COD)  
= Allgemeine Ausrichtung

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen (erste Lesung) (\*) (von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 157 Absatz 3 AEUV), Interinstitutionelles Dossier: 2012/0299 (COD)  
= Sachstandsbericht

Europäisches Semester 2017

- Orientierungsaussprache

Stellungnahme des Beschäftigungsausschusses zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 5/2017 des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel "Jugendarbeitslosigkeit - Haben die Maßnahmen der EU Wirkung gezeigt? Eine Bewertung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen"

#### Inhaltsverzeichnis

**16. Juni**

**Wirtschaft und Finanzen**

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Veröffentlichungen in elektronischer Form (elektronische Veröffentlichungen)

Generelle Umkehrung der Steuerschuldnerschaft

Stärkung der Bankenunion / Maßnahmen zur Risikominderung

Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen

## Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

### Ausgewählte Fälle kommender Woche:

#### 14. Juni **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-422/16 TofuTown.com**

##### **Sind Begriffe wie Milch, Butter oder Käse tierischen Produkten vorbehalten?**

TofuTown produziert rein pflanzliche Lebensmittel, die sie z.B. unter den Bezeichnungen Soyatoo Tofubutter, Pflanzenkäse und Veggie-Cheese bewirbt und vermarktet. Der Verband sozialer Wettbewerb hält diese Werbung für rechtswidrig und hat TofuTown daher vor dem Landgericht Trier auf Unterlassung verklagt. Er macht geltend, dass nach Unionsrecht Begriffe wie Milch, Butter, Käse oder Joghurt, was den Handel anbelangt, den herkömmlichen tierischen Produkten vorbehalten seien. TofuTown hält dem u.a. entgegen, dass sich das Verbraucherverständnis in den letzten Jahren verändert habe. Zudem verwende sie die streitigen Begriffe nicht isoliert, sondern nur mit vorangestellten Hinweisen auf die pflanzliche Herkunft der Produkte. Das Landgericht Trier ersucht den EuGH in diesem Zusammenhang um Klärung, wie die einschlägigen Unionsvorschriften zu verstehen sind. Ohne Schlussanträge.

[Weitere Informationen](#)

#### 14. Juni **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-610/15 Stichting Brein**

##### **Filesharing über Website The Pirate Bay**

The Pirate Bay ist eine Website für File-Sharing in Bezug auf Musikstücke und Filme. Es handelt es sich um einen sog. Bit-Torrent-Indizierer, der eine Suchmaschine zur Verfügung stellt und den auf einem Peer-to-Peer-Netzwerk vorhandenen Inhalt, d.h. die Metadaten der zur gemeinsamen Nutzung angebotenen Werke, indexiert. Die niederländische Stiftung Stichting Brein geht gegen Urheberrechtsverletzungen vor. Sie hat bei niederländischen Gerichten beantragt, den beiden niederländischen Internet-Zugangs Providern Ziggo und XS4ALL aufzugeben, für ihre Kunden den Zugang zur Website The Pirate Bay zu sperren, weil die Kunden mit Hilfe dieser Website in großem Stil Urheberrechtsverletzungen durch File-Sharing begingen, wobei sie die Internetzugangsdienste von Ziggo und XS4ALL nutzten. Der mit dem Fall befasste Hoge Raad der Niederlande möchte vom Gerichtshof im Wesentlichen wissen, inwieweit der Betreiber einer Indexierungs-Website für Peer-to Peer-Netzwerke für die im Rahmen der Nutzung des Netzwerks begangenen Urheberrechtsverletzungen haftbar gemacht werden kann. Der Hooge Raad ersucht insbesondere um Auslegung von Artikel 3 Absatz 1 der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29, wonach Urhebern das

ausschließliche Recht zusteht, die öffentliche Wiedergabe ihrer Werke zu erlauben oder zu verbieten.

Weitere Informationen

14. Juni

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-685/15 Online Games u.a.

### Glücksspiele in Österreich

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat darüber zu entscheiden, ob die Landespolizeidirektion Oberösterreich zu Recht wegen Verstoßes gegen das staatliche Quasimonopol für Glücksspiele eine Reihe von Automaten in Lokalen in Wels und Linz beschlagnahmt und Geldstrafen verhängt hat. Auf ein früheres Vorabentscheidungsersuchen des Landesverwaltungsgerichts hin hat der Gerichtshof bereits entschieden, dass der freie Dienstleistungsverkehr einer nationalen Regelung wie der österreichischen Regelung für den Betrieb von Glücksspielautomaten entgegenstehe, sofern diese Regelung nicht wirklich das Ziel des Spielerschutzes oder der Kriminalitätsbekämpfung verfolge und nicht tatsächlich dem Anliegen entspreche, in kohärenter und systematischer Weise die Gelegenheiten zum Spiel zu verringern oder die mit diesen Spielen verbundene Kriminalität zu bekämpfen (Urteil Pfleger u.a. vom 30. April 2014, C-390/12). Mit einem neuen Vorabentscheidungsersuchen möchte das Landesverwaltungsgericht nun wissen, ob es mit Unionsrecht vereinbar ist, dass nicht die Strafbehörde eine etwaige Rechtfertigung des Quasimonopols nachweisen muss, sondern das Gericht von Amts wegen, also von sich aus entsprechende Ermittlungen und Beurteilungen vornehmen muss.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

## Ausgewählte laufende Konsultationen

### Allgemeine und berufliche Bildung

Öffentliche Konsultation über die "Empfehlung zur Förderung der sozialen Eingliederung und gemeinsamer Werte durch formales und nichtformales Lernen"  
19.05.2017 - 11.08.2017

### Bank- und Finanzwesen

Öffentliche Konsultation zu Kollisionsnormen für Drittpartei-Effekte von Forderungsübertragungen  
07.04.2017 - 30.06.2017

### Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der EU-Agenturen Eurofound, Cedefop, ETF und EU-OSHA  
05.04.2017 - 05.07.2017

## Digitale Wirtschaft

Öffentliche Konsultation zum Thema „Modernisierung des EU-Gesellschaftsrechts“:  
Regelungen über digitale Lösungen und effiziente grenzüberschreitende Unter-  
nehmensaktivitäten

10.05.2017 - 06.08.2017

Öffentliche Konsultation zur Datenbankenrichtlinie: Anwendung und Wirkung

24.05.2017 - 30.08.2017

## Energie

Öffentliche Konsultation zu Energieinfrastruktur-Projekten von gemeinsamem Inter-  
esse - Projekte im Ölbereich und intelligente Netze

03.04.2017 - 26.06.2017

Konsultation zur Liste der vorgeschlagenen Vorhaben von gemeinsamem Interesse im  
Bereich der Energieinfrastruktur

27.03.2017 - 26.06.2017

## Finanzdienstleistungen

Öffentliche Konsultation zu FinTech

23.03.2017 - 15.06.2017

## Institutionelle Angelegenheiten

Öffentliche Konsultation über die Europäische Bürgerinitiative (EBI)

24.05.2017 - 16.08.2017

## Justiz und Grundrechte

Öffentliche Konsultation - Aufforderung zur Einreichung von Beweismitteln über die  
Durchführung kollektiver Rechtsbehelfe in den Mitgliedstaaten der Europäischen  
Union

22.05.2017 - 15.08.2017

## Kommunikationsnetze, Inhalt und Technologie

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Revision der .eu Top-Level-Domain-  
Vorschriften

12.05. 2017 - 04.08. 2017

## Steuern

Öffentliche Konsultation zu Verbrauchssteuern auf Alkohol und alkoholische Ge-  
tränke

18.04.2017 - 17.07.2017

Öffentliche Konsultation über das allgemeine Verbrauchsteuersystem - Harmonisier-  
ung und Vereinfachung

11.04.2017 - 04.07.2017

## Inhaltsverzeichnis



## Unternehmen

Zwischenbewertung des Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen (COSME) (2014-2020)  
10.05.2017 - 31.08.2017

## Verkehr

Bewertung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme  
05.05.2017 - 28.07.2017

### Inhaltsverzeichnis